

NACHRICHTEN

Grünen-Stadtrat zeigte Faber-Wegener an

Blieskastel. Wie gestern bekannt wurde, war es Martin Dauber, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Blieskasteler Stadtrat, der Strafanzeige gegen Bürgermeisterin Annelie Faber-Wegener (CDU) erstattet hat. Dauber erklärte, er wolle juristisch klären lassen, ob Faber-Wegener zu Recht eine städtische Fläche von 60 Quadratmetern im Stadtteil Altheim zum Preis von fünf Euro pro Quadratmeter erworben hat. *zal*

Homburg kauft ehemalige Landesaufnahmestelle

Homburg. Der saarländische Finanzstaatssekretär Gerhard Wack hat gestern offiziell das Gelände der ehemaligen Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Erbach an Homburgs Bürgermeister Karlheinz Schöner übergeben. Die Stadt zahlt für das 44 800 Quadratmeter große Areal 1,7 Millionen Euro ans Land. Die Homburger Verwaltung hat nun die Planungshoheit über das Gelände. *ert*

Josefskirche: Sanierung am Turm erst ab Februar

St. Ingbert. Die Sanierung des Turmes der brandgeschädigten Josefskirche in St. Ingbert wird voraussichtlich erst im Februar nächsten Jahres beginnen. Das sagte Klaus Daub, der die Sanierungsarbeiten leitet, gestern der SZ. Nach seinen Angaben muss an dem Turm erst ein teilweise freitragendes Außengerüst erstellt werden. Dieses Gerüst sei Voraussetzung für die Arbeiten an dem Sandsteinturm. *schet*

Ludwigsbergkreisel soll Mitte 2008 fertig sein

Saarbrücken. Mitte nächsten Jahres sollen die Bauarbeiten am Saarbrücker Ludwigsbergkreisel, der beachtliche Verkehrsströme auffangen muss, beendet sein. Dann wird der stark ausgeweitete Verkehrskreisel als Knotenpunkt für täglich etwa 65 000 Fahrzeuge dienen. Zurzeit sind es rund 50 000. Nach Ende aller Bauarbeiten wird ein großes Nadelöhr in der Landeshauptstadt beseitigt sein. *red*

Neue Mariengrotte in Frankenholz eingeweiht

Bexbach. Am Sonntag wird im Bexbacher Stadtteil Frankenholz eine Mariengrotte vor der Kirche eingeweiht. Damit erfüllen die Gemeindeglieder den Wunsch des verstorbenen Frankenholzer Pfarrers Pater Paul Kasper. Die Grotte ist als Ort der stillen Andacht gedacht. Sie wird unter anderem von zwei kunstvollen Statuen geschmückt. *red*

Kirrberger Kindergarten in Grundschule integriert

Homburg. Saar-Bildungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat gestern dem Kindergarten im Homburger Stadtteil Kirrberg einen Scheck über rund 278 000 Euro übergeben. In dieser Höhe beteiligt sich das Land an der baulichen Integration des Kindergartens in die Grundschule. Dadurch entstehe eine besondere Verschränkung von Schule, freiwilliger Ganztagschule und Kindertagesstätte, die die Landesregierung als förderungswürdig einstuft. *red*

Produktion dieser Seite:
Stefanie Marsch
Guido Peters



Zwei Jahre vor der Wahl des ersten Bundestages hatte das Saarland bereits sein Parlament, das am 14. Oktober 1947 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat (links). Auf der Höhe der Zeit präsentiert sich das renovierte Parlament (rechts). Fotos: SZ



Eigenarten der Saar-Politik

Landtag feiert heute sein 60-jähriges Bestehen – Festredner ist Alfred Grosser

Heute feiert der Landtag sein 60-jähriges Bestehen. Dass das Saarland später in die Bundesrepublik einbezogen werden könnte, war damals nicht abzusehen. 1947 lehnte sich die Saar an Frankreich an.

Von SZ-Redakteur
Gerhard Franz

Saarbrücken. Heute blickt der Saar-Landtag auf sein 60-jähriges Bestehen zurück. Die Festrede wird der französische Politologe Alfred Grosser halten. Das Parlaments-Jubiläum wird jedoch nicht tagessgenau gefeiert; denn der erste Landtag nach dem Zweiten Weltkrieg trat nicht am 24. Oktober, sondern am 14. Oktober 1947 zusammen. Dieses Parlament war am 5. Oktober gewählt worden und verstand sich als ein Gre-

mium, das nach dem Dritten Reich einen neuen Anfang wagen wollte.

Bei der Wahl am 5. Oktober hatte die Christliche Volkspartei (CVP) von Johannes Hoffmann (Joho) 51 Prozent der Stimmen und 28 Mandate erhalten. Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes (SPS) unter Richard Kirn folgte mit 32,4 Prozent und 17 Sitzen, die Demokratische Partei Saar (DPS, die Liberalen) kam auf drei Mandate, die Kommunistische Partei (KP) auf zwei.

Der Spaltplatz für die saarländische Nachkriegspolitik wurde in der Saar-Verfassung angelegt, die am 8. November 1947 verabschiedet wurde. Denn darin hieß es: „Das Saarland ist ein autonom, demokratisch und sozial geordnetes Land und wirtschaftlich an Frank-

reich angeschlossen.“ Dass sich das Saarland als „autonom“ einstufte, also als losgelöst von Deutschland, und dass es sich zudem auch noch wirtschaftlich an Frankreich anlehnte, ging vielen Saarländern zu weit. Nicht zu Anfang, als alle noch unter dem Schock des Krieges standen, aber nach ein paar Jahren, als die Bundesrepublik Konturen gewann und die Frage der deutschen Einheit problematisiert wurde. Allmählich wurden Verfechter eines autonomen Saarlandes als „Separatisten“ und Kämpfer für eine Rückkehr zur Bundesrepublik als „Nationalisten“ beschimpft. Die von der Landtagsmehrheit gewollte politische Ausrichtung auf Frankreich beschränkte dem Saarland damals einige Besonderheiten: Dass et-

wa die an nationalen Zielen orientierte DPS verboten wurde, während die ebenfalls von Anfang an für die deutsche Einheit kämpfende KP frei agieren durfte. Dies lag daran, dass man den Kommunisten keine nationalistischen Bestrebungen zutraute, während der französische Außenminister Robert Schuman, ein Freund von Joho, vor den Gefahren warnte, die von der DPS ausgingen. Im Mai 1951 wurden die Liberalen unter Heini Schneider verboten.

AUF EINEN BLICK

Die Sondersitzung wird ab zehn Uhr live im SR-Fernsehen, im Internet (www.landtag-saar.de) sowie im Rundfunk (1179 KHz) und auf Antenne Saar (DAB Block 8 B) übertragen. *red*

Saar-Regierung will mehr investieren als bisher

Etat 2008 sieht im Gegenzug Einsparungen bei Kliniken, Privatschulen und Lehrern vor

Saarbrücken. Die Landesregierung spart in Krankenhäusern, Privatschulen und bei Lehrern, will aber deutlich mehr Geld für Investitionen ausgeben. Das geht aus dem von der Saar-Regierung vorgelegten Landeshaushalt 2008 hervor, wie die SZ gestern aus dem Landtag erfuhr.

Danach sind Einsparungen im Krankenhausesektor von 5,2 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr geplant. Außerdem fallen per Saldo 50 Lehrstellen weg. Zwar sind 53 Stellen mehr bei Gymnasien und 43 zusätzliche Stellen bei den Gesamtschulen einge-

plant. Dem stehen jedoch ein Minus von 63 Stellen bei den Grundschulen und eine Abnahme um 83 Stellen bei den Erweiterten Realschulen gegenüber. Bei den Privatschulen sind im nächsten Jahr Ausgaben von 40 Millionen Euro geplant, was einer Einsparung von 1,1 Millionen entspricht.

Die Zuweisungen an die Kommunen weisen ein Plus von 20 Millionen Euro auf. Dieses Plus wäre mit 67 Millionen Euro aber viel höher ausgefallen, wenn die Regierung nicht einen Beitrag der Kommunen zur Sanierung des Landesetats in Höhe von 47

Millionen Euro eingeplant hätte. Zur Begründung verweist sie auf massiv gestiegene Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen.

Bei den Investitionen des Landes ist für 2008 eine Zunahme um 30 Millionen Euro gegenüber 2007 auf 361,5 Millionen Euro eingeplant. Die Neuverschuldung soll um 31,3 Millionen Euro auf 611 Millionen Euro zurückgehen. Die eingeplanten Mehrausgaben einschließlich der Mehrausgaben für Zinsen belaufen sich bei einem Gesamtvolumen des Haushalts in Höhe von 3,4 Milliarden Euro auf 48 Millionen Euro. *nof*

Landkreistag erwägt Klage gegen Reform

Kreise sehen Recht auf Selbstverwaltung in Gefahr – Schumann fordert Korrekturen

Der Landkreistag erwägt im Ringen um die Verwaltungsreform eine Klage beim Verfassungsgericht. Er sieht sein Recht auf Selbstverwaltung in Gefahr, da freiwillige Aufgaben von den Kreisen ans Land gehen.

Saarbrücken. Der Landkreistag diskutiert offen eine mögliche Klage gegen die Verwaltungsreform. Das hat der St. Wendeler Landrat Franz Josef Schumann (CDU) gestern vor Journalisten gesagt. Er appellierte zudem an die Landesregierung und die Abgeordneten des Landtages, Änderungen am Gesetzentwurf vorzunehmen. Schumann: „Der vorgelegte Entwurf sollte überdacht und korrigiert werden.“ Entgegen den derzeitigen Plänen sollten zum Beispiel Naturschutz-

und Jagdbehörden bei den Kreisen verbleiben und nicht auf die Landesebene gehoben werden.

Der Landtag entscheidet laut Schumann am 21. November über das Gesetz, danach wäre der Gang vor Gericht möglich. Hintergrund sei eine erfolgreiche Klage in Mecklenburg-Vorpommern. Dort habe das Verfassungsgericht eine Verwaltungsreform für unzulässig erklärt, sagte Martin Lukas, der Geschäftsführer des Landkreistages. Dabei wurde verhindert, dass die zwölf Landkreise aufgelöst und in fünf neue Kreise zusammengefasst werden. Trotz der Unterschiede zur Re-

form im Saarland, bei der die Größe der einzelnen Kreise unberührt bleibt, sieht Lukas in dem Urteil einen Präzedenzfall für die geplante Reform: Das Recht der Kreise auf kommunale Selbstverwaltung, wie es im Grundgesetz festgeschrieben sei, werde beschnitten, wenn so genannte freiwillige Leistungen wie der Betrieb von Volkshochschulen nicht mehr möglich seien. Die Folge, so Lukas: „Für die Menschen in kleinen Gemeinden besteht die Gefahr, dass sie abgeschnitten sind.“ Und die Kreise wären nicht mehr in der Lage, Aufgaben wahrzunehmen, die sie übernehmen möchten. *pg*

„Der vorgelegte Entwurf sollte korrigiert werden.“

Landrat Franz Josef Schumann

Innenministerium: Polizei ist mit Computern gut ausgestattet

Saarbrücken. Das saarländische Innenministerium hat die Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP) an der angeblich mangelhaften Ausstattung und Betreuung von Polizei-Computern zurückgewiesen. Die 1200 PCs, die in der Vorgangsbearbeitung genutzt würden, seien höchstens drei bis vier Jahre alt. In diesem Jahr seien auch bereits 150 Computer ausgetauscht worden, 600 weitere seien noch vorgesehen.

Die Betreuung der Polizei-PCs soll nach Angaben des Ministeriums auf lange Sicht von Tarifbeschäftigten mit einschlägiger Be-

rufsausbildung ausgeübt werden. Ziel sei es, den Einsatz „ausgebildeter Polizeivollzugsbeamter in ‚polizeifremden‘ Tätigkeitsbereichen weiter zu reduzieren“.

Indessen unterstützt die FDP-Fraktion im Landtag das Anliegen der GdP und appelliert an die Landesregierung, mehr in die Polizei zu investieren. „Polizisten sollen nicht Computer-Systeme warten, sondern müssen ermitteln, denn dafür haben wir sie ausgebildet“, sagt Fraktionsvize Karl-Josef Jochem. „Darüber hinaus brauchen wir unbedingt mehr Polizisten.“ *red*

Kreise stoßen Finanzierungsgespräche für Kinderbetreuung an

Saarbrücken. Der Landkreistag hat für den 29. Oktober den „Runden Tisch Kinderbetreuung“ einberufen. An diesem Termin soll darüber beraten werden, wie der Ausbau der Betreuung von Unter-Dreijährigen finanziert werden soll. An dem Tisch sitzen die Landesregierung, die Kommunen, die Wohlfahrtsverbände und die Kirchen. Gerade letztere sollten nach Ansicht des Vorsitzenden des Landkreistages Franz Josef Schumann im bisherigen Umfang im Boot bleiben – „entgegen abweichender Planungen“, so Schumann. Bis 2013 soll nach einer Bund-Länder-Vereinbarung jedem dritten Kind unter drei Jahren ein Krippenplatz angeboten werden. Derzeit gibt es im Land nur für jedes zehnte Kind einen solchen Platz. *pg*



Die Betreuungsquote für Kinder unter Drei soll sich erhöhen. Die Kreise machen sich Gedanken über die Finanzierung. Foto: dpa